
**Pressemitteilung der IG Metall SüdOstNiedersachsen
„IG Metall für soziale Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt“
Freitag, der 18.01.2008**

**Ansprechpartner für das
IG Metall Kooperationsbüro SüdOstNiedersachsen:**

*** Johannes Katzan**

Tel.: 0170 / 33 33 027

*** Peter Wenzel**

Tel.: 0531 / 380 80 183, Fax: 0531 / 85 829

E-Mail: kooperation@igm-son.de

PRESSEERKLÄRUNG der IG Metall SüdOstNiedersachsen

Die IG Metall setzt sich für soziale Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt ein

Trotz Aufschwung und Entspannung am Arbeitsmarkt öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Viele Menschen spüren den Aufschwung nicht – beispielsweise diejenigen, die in Niedriglohnjobs weniger verdienen als sie an Arbeitslosengeld 2 beziehen würden. Die IG Metall in SüdOstNiedersachsen setzt sich daher für eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit ein.

Dazu gehört, dass anstelle einer Ausweitung von geringfügiger Beschäftigung und Niedriglohnsektor qualifizierte Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen geschaffen werden. Arbeitsplätze müssen gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene, tariflich geregelte Entlohnung bieten. Zu den zukunftsfähigen Branchen zählen auch die Produzenten erneuerbarer Energien und Hersteller entsprechender Ausrüstung. Aus ökologischen Gründen und wegen steigender Rohstoffpreise, vor allem Öl, müssen die politischen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass diese Branchen und die damit verbundenen Beschäftigungsfelder langfristig wachsen können. Dazu soll sich die Landesregierung bekennen und entsprechende Schritte unternehmen.

Für die IG Metall in SüdOstNiedersachsen beinhaltet das klare Bekenntnis zu erneuerbaren Energien auch den Verzicht auf die weitere Nutzung der Kernenergie und den Verzicht darauf, die gescheiterte Energie- und Entsorgungspolitik durch die Endlagerung radioaktiver Abfälle in Schacht Konrad auf dem Rücken der Bevölkerung in der Region auszutragen.

Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit bedeutet auch, möglichst vielen Menschen den Zugang zu einem Hochschulstudium zu ermöglichen. Die IG Metall lehnt Studiengebühren ab. Diese schrecken Kinder aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien zusätzlich davon ab, ein Studium zu beginnen. Ein Land wie auch eine Region, deren einzige nennenswerte Rohstoffe Bildung und Know-How sind, können es sich nicht leisten, auf eine möglichst breite, hochqualifizierte Bildung zu verzichten. Die Finanzierung von Schulen und Hochschulen sind über öffentliche Gelder in einem Umfang sicherzustellen, der es den Bildungseinrichtungen ermöglicht auf Public-Private-Partnership-Konzepte zu verzichten.

Entwicklungschancen für die Region SüdOstNiedersachsen sichern

Um die bestehenden Stärken der Region zu erhalten und langfristig weiter zu entwickeln fordert die IG Metall SüdOstNiedersachsen von der Landesregierung, ihre Anteile an der Volkswagen AG und der Salzgitter AG zu halten und ihre damit verbundenen Stimmrechte für den Bestand der Standorte und Arbeitsplätze zu nutzen. Zudem soll sich die Landesregierung für eine europarechtskonforme Novellierung des VW-Gesetzes stark machen, durch die Interessen der Beschäftigten und der Region gesichert werden.

Zur Sicherung der Entwicklungschancen der Region SüdOstNiedersachsen zählen auch der Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Der öffentliche Personenverkehr muss flächendeckend vorhanden und für die Nutzer bezahlbar sein. Deshalb befürwortet die IG Metall den Bau der RegioStadtBahn ohne weitere Einschränkungen in der Streckenführung. Die weitergehende Privatisierung der Bahn hingegen wäre ein Schritt in die falsche Richtung, den wir ablehnen.

Die Attraktivität und damit die Entwicklungschancen der Region liegen auch in ihrem kulturellen Angebot begründet. Dieses Angebot muss erhalten und ausgeweitet werden.

Bunt statt Braun: Gegen Neonazis und Rechtsextreme!

Die Metallerinnen und Metaller wenden sich gegen jede Form von rechtsextremem Gedankengut. Um zu verhindern, dass solche braunen Ideen auf fruchtbaren Boden fallen, setzen wir uns gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen für eine starke, demokratische Alltagskultur ein, die auf Vielfalt und Integration statt Ausgrenzung und Gewalt setzt.

Jungen Menschen brauchen Perspektiven: Dies erfordert eine soziale Infrastruktur, die sowohl sinnvolle Freizeitangebote, breite Bildungsmöglichkeiten und Ausbildungsplätze für alle bereitstellt.

Die IG Metall plädiert für ein Verbot der NPD und vergleichbarer, neonazistischer Organisationen. Um zu verhindern, dass solche Parteien in die Parlamente einziehen, setzen wir uns für eine möglichst breite Wahlbeteiligung ein! Je mehr Menschen ihre Stimme für demokratische Parteien abgegeben, desto geringer sind die Chancen etwa der NPD, in Kommunalparlamente, Landtage oder gar den Bundestag zu gelangen.

Vergabegesetz: soziale Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Die IG Metall in SüdOstNiedersachsen fordert von der Landesregierung, ein Vergabegesetz auf den Weg zu bringen, dass Lohn- und Sozialdumping entgegenwirkt. Deshalb müssen öffentliche Aufträge, die vom Land oder den Kommunen vergeben werden, daran gebunden werden, dass Auftragnehmer ihre MitarbeiterInnen nach Tarif bezahlen und betriebliche Ausbildungsplätze in der Region anbieten. An Stelle einer Preisspirale nach unten, die auch noch von öffentlichen Auftraggebern angeheizt wird, kann so die Qualität der geleisteten Arbeit wie auch die sozialen Standards für Beschäftigte gesichert werden.